

amtliche Bekanntmachung

021 K 036/22



AMTSGERICHT DETMOLD

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am

**Mittwoch, den 29. Mai 2024, um 08:15 Uhr,
im Amtsgericht Detmold, Nebengebäude, Gerichtsstr. 6, Saal 12**

die im Grundbuch von Oerlinghausen Blatt 765 eingetragenen Grundstücke

Grundbuchbezeichnung:

BV-Nr. 3:

Gemarkung Oerlinghausen, Flur 8, Flurstück 850, Gebäude- und Freifläche,
Felix-Fechenbach-Str. 17, Größe: 260 m²

BV-Nr. 4:

Gemarkung Oerlinghausen, Flur 8, Flurstück 845, Gebäude- und Freifläche,
Felix-Fechenbach-Str. 19, Größe: 15 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten: Einfamilienhaus als Atriumgebäude, ca. 95 m² Wohnfläche im EG,
Teilkeller, Massivgarage.

Die Versteigerungsvermerke sind in das genannte Grundbuch am 29.12.2022 (BV-Nr. 3) und am 05.05.2023 (BV-Nr. 4) eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf

BV-Nr. 3: 202.000,-- €

BV-Nr. 4: 8.000,-- €

Gesamtwert: 210.000,-- € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Detmold, 29.02.2024